

# Der Kampf mit den feilschenden Kapitalisten

## Wie die Reichsregierung für die hohen Beamten sorgt und die unteren hungern läßt

Berlin, den 16. Dezember 1928.

Rachtfähigkeit des Reichstags! Eine eigentümliche Sensation! Die Tribünen sind bis zum letzten Platz besetzt, und selbst die Pressetribüne wies keine Plätze auf. Alles wollte die Geisteskräfte im Reichstag miterleben und vor allen Dingen die Auswirkungen des Schnapsverbots auf die Reden der Abgeordneten beobachten. Es kimmert, Schnaps wurde zwar nicht getrunken, aber dafür gab es Wein und Bier, und wenn man wollte, „auf Umwegen Kirchwasser“. Man munkelt auch, daß die Deutschnationalen auf ihren Aktionszimmern eine Schwarzbrennerei hatten. Besonders „lustig“ und „süß“ waren in der Rachtfähigkeit die Nationalsozialisten, die durch ihren Redner Dr. Frick nachträglich den Tagesordnungspunkt „Weiteres“ einlegten.

Vom Reichskabinett waren einige Herren unter Führung des Reichsfinanzministers im eleganten Smoking, gekleidet im Vorbild und schwarzer Krawatte erschienen. Doch es ist nicht alles Gold, was glänzt, denn Hildebrandt verlas eine schamvolle Rede, um so schamvoller, als er das Defizit von über 60 Millionen Mark im Staatshaushalt eingehend, neue Steuern ankündigte und gleichzeitig die Erweiterung der Regierungsbasis nach rechts zur „letzten“ großen Koalition forderte. Es folgte die Aussprache. Der sozialdemokratische Beamtenschaftsführer Falkenberg hielt seine Jungferrede zum Davonschauen.

Graf Westarp sprach für die Deutschnationalen. Er hielt eine Oppositionsrede und gebrauchte dazu das Manuskript des Herrn Seevering vom Jahre 1927, als die SPD noch in der Opposition stand.

Der Redner des Zentrums konnte den Anfang seiner Rede nicht finden. Er stand stumm und andächtig am Rednerpult und mußte sich die höhnenden Zwischenrufe „lauter“ gefallen lassen — aber schließlich konnte er den Schluß nicht finden. Doch noch Schlimmeres passierte dem Nationalsozialisten Dr. Frick. Der hat zwar nie ein Manuskript. Auf seinem Taschenkalendar steht das Wort „Dames“ und viellecht auch „Notes“. Diese Worte sind für ihn Begriffe in seiner Redezeit letzten Schlupfwinkel. Das führt zu unglücklichen Momenten. Der kommunistische Zwischenruf: „Bei Ihnen muß kein Schnapsverbot!“ traf das Richtige.

Die Rede des Genossen Torgler wurde als die beste der Nacht begutachtet. Und zwar nicht nur wegen der Rhetorik des Redners, der glänzenden Einfälle, der Satire, sondern auch vor allem wegen der präzisen Fragestellung und Beantwortung über alle Einzelheiten des Nachttragetats. Mit Geschick hatte Genosse Torgler die für die Öffentlichkeit und insbesondere diesmal für die unteren Beamten interessierenden Dinge aus dem Etat herausgeholt.

### Genosse Torgler führte aus:

Wir protestieren gegen die späte Fertigstellung des Etats. Im vergangenen Jahr hielt ebenfalls der Abgeordnete Seevering eine scharfe Rede gegen das zu späte Vorlegen des Bürgerhaushalts. Aber heute können wir verstehen, wenn insbesondere die Herren Sozialdemokraten keinen großen Wert darauf legen, alles viel Zeit auf die gründliche Durchprüfung des Etats des Reichsfinanzministers Hildebrandt zu verwenden. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Wir sind davon überzeugt, daß der

sozialdemokratische Reichstagsfraktion muß alles versuchen, um die Entwürfe zu verbessern. Das ist derselbe Trick, den man bei dem Panzerkreuzer angewandt. Aber auch jetzt erklärt die Volkszeitung von vornherein, daß dabei nicht viel herauskommen werde, denn sie schreibt: „Werden die Entwürfe in der vorliegenden Form angenommen, so wird später an dem Gesetzgebungswert nicht so leicht etwas geändert werden können. Kommen aber die Gesetze nicht zustande, so wird die Möglichkeit offengelassen, daß die an sich sicher wünschenswerten Steuervereinfachungen über kurz oder lang in einer besseren Form geschaffen werden kann.“ Das ist ein sehr magere und oberflächliche Vorläufer Trost für die von der neuen Belastung getroffenen Arbeitermassen. Wieder wissen die Schreiber der Zeilen ganz genau, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstags, selbst wenn sie der SPD-Fraktion erlaubt, anders zu stimmen, an den Grundzügen des Gesetzes wird so wenig geändert werden wie am Bau der Panzerkreuzer.

Die im Landtag von Edel, die in der Volkszeitung ausgelegene Laktik wird auch der Grundton des Landesparlamentes werden. Wir halten es für unsere höchste Pflicht, die Arbeiter auf diese durch und durch unmachtvolle Haltung der lächlichen SPD aufmerksam zu machen. Sie aufmerksam zu machen auf die tatsächlich reaktionäre Politik der SPD, die eine Fortsetzung verschärfter Bürgerhaushaltspolitik ist. Dies müssen die Arbeiter erkennen und daraus die Schlussfolgerungen ziehen, sich durch keine Manöver täuschen zu lassen und Schluß zu machen mit den Sozialimperialisten.

Grund für die späte Einbringung des Etats einzig und allein darin liegt, daß man sich noch nicht ganz schlüssig darüber geworden ist, wie man am besten neue Steuerbeträge aus der arbeitenden Bevölkerung herausquetschen kann. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Interessant und aufschlußreich war ja das Eingeständnis des Herrn Finanzministers, daß das Einkommen aus der Lohnsteuer den Etatjah von 1,2 Milliarden weit überholt hat.

### Die Rede des Herrn Seevering vor einem Jahr

bietet noch solche interessanten Dinge, daß ich darauf eingehen muß. Beispielsweise hat er, als er zu der drohenden Auspersung der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie Stellung nahm, folgendes gesagt: „Den Herrn Reichsarbeitsminister möchte ich dringend bitten, dafür zu sorgen, daß die von den Arbeitern als ohnehin recht mager bezeichneten Ergebnisse des Schiedsgerichtes nicht durch neue Winkelzüge der Industriellen durcheinander werden. Die Öffentlichkeit muß sich jetzt genug gegen die Diktatorgehalte einer kleinen Minorität der Wirtschaft wehren. Sie hat zu der Ueberlegung geführt, die Großbetriebe der Metall- und Eisenindustrie in das Eigentum des Reiches zu überführen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Wäre die Stilllegung zur Lastsache geworden, dann hätte das Reich nicht zögern dürfen, dieser Ueberlegung die Tat folgen zu lassen.“ (Hört! hört! bei den Kommunisten.)

Wenn Herr Seevering jetzt ins Ruhrgebiet gefahren ist, so dürfen wir wohl annehmen, daß das zu dem Zwecke geschehen ist, um die Betriebe in den Besitz des Reiches zu übernehmen. (Lachen und Zurufe bei den Kommunisten.)

Ich habe mir die vierteljährlich bekanntgewordenen überplanmäßigen Ausgaben einmal näher angesehen. Da muß man zuerst feststellen, daß man nach 1½ oder 2 Jahren bei der Rechnungslegung sieht, welche Ausgaben gemacht worden sind. (Hört! hört! bei den Kommunisten.) Was habe ich dabei festgestellt? Beispielsweise, das außerplanmäßig 115 000 Mark ausgegeben worden sind für die Einrichtung und Ausstattung einer Ministerwohnung. (Hört! hört!) nämlich für die Wohnung des Reichswirtschaftsministers.

So sind beispielsweise allein für Möbelanschaffung und Beleuchtung dieser Ministerwohnung 57 000 Mark überplanmäßig ausgegeben worden. (Lachhafte Zurufe: unerübt!) 21 000 Mark sind ausgegeben worden für Fenstervorhänge und Teppiche, dann 22 000 Mark für die Einrichtung von sechs Schlafzimmern. (Hört! hört! große Heiterkeit und Zurufe!)

6000 Mark für Silberbesteck, 4000 Mark für Tisch-, Bett- und Haushaltsgegenstände, insgesamt 115 000 Mark überplanmäßige Ausgabe. Das ist ein Fall. Ein weiterer Fall betrifft die Wohnung des Finanzministers Dr. Köhler. Für sie sind überplanmäßig ausgegeben worden weitere 45 000 Mark. (Hört! hört!) Bei dem Etat des Auswärtigen Amtes haben wir eine überplanmäßige Ausgabe von 257 000 Mark. Davon 40 000 Mark Kosten des Tee-Empfanges der Reichsregierung für die Teilnehmer des im August abgehaltenen Kongresses der Interparlamentarischen Union. (Hört! hört!)

Und nun zum Nachttragetat selbst. Wir erheben schärfsten Einspruch dagegen, daß dieser Nachttragetat, daß die Durchführung der beschriebenen Entschlebung der Besoldungsordnung erst jetzt dem Hause vorgelegt werden. Bereits am 2. Juli haben wir die sofortige Vorlegung des Nachttragetats und die Durchführung der Entschlebung verlangt.

### Aber für derartige Dinge, die ja nur für die Beamten von Bedeutung sind, hat man gar keine Zeit.

Das Kabinett hatte aber Zeit, am 10. August die erste Rate für den Panzerkreuzer zu bewilligen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Wir stellen fest, daß gar keine Rede von 50 Millionen ist, daß im besten Falle 14 Millionen für die Durchführung von Beamtenfragen in Betracht kommen und davon ganze 2,73 Millionen für die Durchführung der Entschlebung, die damals bei der Besoldungsordnung gefaßt worden sind. (Hört! hört! bei den Kommunisten.) Um diese 2,73 Millionen zu etablieren benötigte man ein volles Jahr. (Genosse Höllein: Herr Hildebrandt war nie ein Freund von Ueberstunden! Große Heiterkeit.)

### Bei näherer Ansicht des Nachttragetats stellen wir fest, daß die Dienstaufwandsentschädigungen bei Ministern und Staatssekretären die Hauptrolle

spielen. Die Minister bekommen eine Gehaltserhöhung von 8200 Mark. Wieweil arme Posthalter, die bis über die Ohren verschuldet sind, konnten damit glücklich gemacht werden. Die Staatssekretäre erhalten eine Aufwandsentschädigung von 4000 Mark. Dafür ist Geld da, trotz Defizit und trotz erhöhter Reparationslasten. Wenn jedoch ein Minister der Vorkriegszeit, der 8600 Mark Endgehalt hatte, heute nur noch ein Grundgehalt von 2700 Mark hat, also

### 900 Mark weniger als vor dem Kriege

(Hört, hört! bei den Kommunisten), dann ist das alles mit dem sozialen Charakter dieses Volksstaates und mit dem sozialen Empfinden dieses sozialdemokratischen Finanzministers vereinbar. Auch für die neue Ministerialverwaltung werden 180 000 Mark herausgeschmissen, damit ein Gottes willen kein Oberregierungsrat mehr Arbeit hat. Wenn es sich jedoch um Angleichung der Gehälter an Preußen bei den unteren und mittleren Beamten handelt, denkt der Finanzminister nicht daran, durchzuführen. Mit 400 neuen Stellen ist bei ihm die Sache abgetan.

Noch ein Wort zum Ministerium des Innern. Dieser Etat enthält die Bekanntmachung: „Das Reichskommissariat für die öffentliche Ordnung wird mit dem 1. April 1929 aufgelöst.“ Aber da dürfen sich die Arbeiter draußen keiner Illusion hingeben, daß etwa das Spitzelwesen beseitigt wird. Herr Rünger wird der Ministerialdirektor einer neuanschaffenden kommunalpolitischen Abteilung, über die man die Ueberchrift lesen konnte: „Am Anfang war der Ministerialdirektor.“ (Schallende Heiterkeit.)

Am 20. Januar 1928 sagte der Herr Seevering, damals noch Abgeordneter dieses Hauses, folgendes: „Die Lebenshaltung wurde mit jedem Monat teurer. Für die unteren Beamtengruppen ist darum die Besoldungserhöhung nicht einmal ein Ausgleich für die Steigerung der Wohnungsmieten und der Warenpreise geworden.“ Hieran anknüpfend werden wir unsere Besoldungsforderungen stellen, werden wir unsere Anträge auf Erhöhung der Bezüge der unteren Beamtengruppen stellen. Den Beamten aber rufen wir zu: Nur keine Illusionen in Bezug auf das, was von dieser Regierung etwa zu erwarten ist. Auch diese Regierung legt die Politik ihrer Vorgänger fort. Sie wird alles tun für die obere Beamtenschaft, und sie wird nichts tun für die große Masse der unteren und mittleren Beamten. Wir als Kommunisten werden die Beamten in ihrem Kampf um die Durchführung ihrer Forderungen mit allem Nachdruck und mit allen Mitteln unterstützen. (Lachhafte Beifall und Handflatschen b. d. Komm.)

Um 3 21 Uhr Sonntag früh wurde die Sitzung aufgehoben. Von dieser Minute an trat auch das Schnapsverbot außer Kraft. Die Herrschaften können sich auf „fröhliche Weihnachten“ vorbereiten. Was an Geist fehlt, wird durch Spiritus ersetzt werden. Deutscher Reichstag, deutsche Koalitionspolitik fröhliche Weihnachten!

schalt mit dem Polizeitruppel durchgeführt. Das sind ja die positiven Auswirkungen der sozialdemokratischen Reichspolitik. Nehmen wir noch hinzu die Erhöhung der Judensteuer, die Verhöhnung der Erwerbslosen, denen man eine annehmbare Winterbeihilfe verweigert, sowie die Vorbereitung neuer Steuererhöhungen, die eine Belastung der arbeitenden Massen herbeiführen, dann haben wir schon ein klares Bild der SPD-Politik und des Wertes sozialdemokratischen Ministeriums.

Der Landesparteitag der lächlichen SPD hat nun keineswegs die Aufgabe, eine scharfe Kampfstellung gegen diese Reichspolitik einzunehmen, sondern mit einer gefindigen Kritik wird der Landesparteitag die weitere Linie der Tarnung der wirklich reaktionären Reichspolitik vornehmen. Seine Aufgabe ist es, die lächlichen Arbeiter wieder an die SPD-Politik zu binden und sie auf die Bahn des Imperialismus mitzuführen.

Wie dies geschehen wird, das zeigt Edel letzte Rede im Landtag. Hier hand zur Diskussion das Steuervereinfachungsgebot der Reichsregierung. Dieses Gesetz ist dem Reichstag vorgelegt von dem sozialdemokratischen Finanzminister Hildebrandt. Dieses Gesetz bringt aber neue Belastungen für die breiten Massen. Es bringt Erhöhungen der Grundsteuer, die einen neuen Anstoß für die Mieterhöhung in sich tragen, er bringt die Besteuerung der Konsumgüter der Arbeiter, will aber die landwirtschaftlichen Einkaufsgenossenschaften steuerfrei lassen; er bringt eine Bevorzugung der Hausbesitzer gegenüber den Hypothekengläubigern. Der Interessentretung der Unternehmer, den Knechts, Handels- und Landwirtschaftskammern, wird ein sogenanntes Abdrückrecht bewilligt, während man die Vertreter der Arbeiter nicht hört. Die praktische Auswirkung dieser Reichspolitik auf Sachsen bedeutet also, daß die reaktionäre Steuerpolitik in Sachsen durchgeführt werden muß. Bestehende Steuererhöhungen werden auch noch verschärft. Diese Feststellungen muß man machen, wenn man erkennen will, welchen Wert für die Arbeiter die Beteiligung der sozialdemokratischen Minister an der Reichsregierung hat. Herr Edel wendet die allbekannte Methode zur Verwirrung der Arbeiter an. Er schreit los: „Haltet den Dieb!“ Im Landtag erklärte er: „Die lächliche Regierung kann nicht mit dem Einwand des unzulänglichen Entwurfs des Reichsfinanzministers Dr. Hildebrandt kommen, denn die Vorlage ist das Erbe der früheren Bürgerhaushaltregierungen im Reich. Das sind schon dieselben Klänge, wie sie bei der Bewilligung des Panzerkreuzers gelungen wurden. Diese Melodie ist bekannt, sie brachte die Vollendung des Panzerkreuzerbases. Hier aber steht noch klarer die Frage, daß die sozialdemokratischen Minister im Kabinett den Forderungen der Kapitalisten im vollsten Umfange entgegenkamen. Wir haben darauf hingewiesen, daß die Kapitalisten alle ihre Forderungen mit Hilfe der SPD-Minister durchsetzen werden; hier haben wir davon wieder den Beweis. Die Volkszeitung hält es nun für das Beste, wie Edel im Landtag, das Gesetz zu kritisieren. Die Volkszeitung schreibt:

„Die Entwürfe sind jetzt von der gegenwärtigen Regierung dem Reichstag vorgelegt worden, und zwar soweit bekannt ist, ohne daß die von der Bürgerhaushaltregierungen hinterlassenen Entwürfe umgearbeitet wurden.“

Das heißt also, die sozialdemokratischen Minister haben die „bedenkliche Erbschaft“ unbedenkenlich übernommen. Damit haben sie selbstverständlich auch die Verantwortung für diese Gesetze übernommen. Aber nicht das allein, sie übernehmen die Durchführung der Gesetze. Herr Edel versucht sich die Waife der Kritik in Sachsen offenzuhalten; er erklärt: „Auf die Stellungnahme der Landesregierungen wird es ankommen, ob fortschrittliche oder reaktionäre Wendungen in das Gesetz hineinkommen.“ Natürlich kommt es auch auf die Haltung der Landesregierungen an. Herr Edel verlangt aber von der lächlichen Bürgerhaushaltregierungen, sie möge sich bitte fortschrittlicher und sozialer erweisen als wie die sozialdemokratischen Minister im Reich. Auf dieser Basis bewegt sich die Verlogenheitspolitik der lächlichen Radikalisten. In ein einfaches, wüßtes Deutsch überlegt heißt das: Da die Genossen in der Reichsregierung so reaktionär sind, müssen wir die reaktionären Landesregierungen gegen sie mobilisieren. Denn, so führt Edel aus: „Eine Vereinfachung der Realsteuer muß vom sozialen Geiste getragen sein.“ Nur sind die sozialdemokratischen Minister nicht die Träger dieses sozialen Geistes.

Die Volkszeitung schlägt die Wiederholung des Panzerkreuzermandats in vollem Umfange vor. Sie schreibt: „Die

## Wütende Polizeischikanen gegen kommunistische Jugend

Berlin, 17. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Die kommunistische Jugend Neukölln wollte am Sonntagvormittag 11 Uhr eine Kinovorstellung in Britz besuchen. Die Jugendlichen gingen auf dem Bürgersteig bis zum Kino. Vor dem Kino stand aber ein Ueberfallwagen Schupo, als ob der beabsichtigte Besuch des Kinos durch die Jugendlichen der Polizei bereits bekanntgeworden wäre. Die Jugendlichen wurden von der Polizei aufgefordert, auseinanderzugehen. Sie kamen der Aufforderung der Polizei auch nach und gingen nacheinander über die Straße. Trotzdem wurden vier Jugendliche von der Polizei herausgegriffen und nach dem Alexanderplatz gebracht. Bisher sind die Verhafteten noch nicht wieder freigelassen worden.

### Einheitsfront von Sozialdemokraten und Nazis

Zur Gemeindevwahl in Jechensdorf bei Jossen am 2. Dezember war eine Liste „Fortschritt“ aufgestellt worden. Die ersten beiden Kandidaten auf der Liste sind stramme Sozialdemokraten, der dritte ist: Bureauangestellter, ein eifriger Hitlermann. Von der Liste wurden 4 Kandidaten gewählt. In einem von dieser Liste herausgegebenen Flugblatt hieß es u. a., die Liste sei nicht die Liste einer Partei, auch wenn die Spitzenkandidaten der SPD angehören, sondern sie wäre eine Vereinigung verschiedener Richtungen, die einen frischen und fröhlichen Geist in die Gemeindevvertretung bringen wollen. Mit allen Mitteln wurde die rote Arbeiterliste von dieser Vereinigung von Sozialdemokraten und Nationalsozialisten bekämpft.

Soweit hat sich die SPD von der Arbeiterbewegung entfernt.

### Imperialistische Kriegsrückungen dulden keinen 8-Stunden-Tag

Musikant mobilisiert für den „Wiederaufbau“ Italiens  
Rom, 17. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)  
Musikant hielt am Sonnabend im faschistischen Arbeiterverein eine Rede gegen den achtstündigen Tag. Der Wiederaufbau

Italiens stelle auch an die Arbeiterklasse erhöhte Anforderungen, was für Jahre hinaus eine achtstündige Beschäftigung der Arbeitsleistung unmöglich mache.

### Textilunternehmer im Rheinland fordern Lohnabbau

Elsfeld, 17. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Tarifkampf in der rheinischen Textilindustrie hat sich ausgeipelt. Die Gewerkschaften hatten nach der Rückbildung des Tarifs seitens der Unternehmer eine Erhöhung des Tariflohns um 15 Prozent und Erhöhung der Affordlöhe um 10 Prozent gefordert. Daraufhin hat der Unternehmerverband noch vor den für heute angelegten Verhandlungen in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, in der er behauptet, daß die Forderungen der Gewerkschaften der Gipfel der Unvernunft seien und nunmehr Forderungen auf Lohnabbau gestellt würden.

### Wahrung! Zigarettenarbeiter!

Morgen Dienstag findet gleich nach Arbeitslosig eine vom Tabakarbeiterverband einberufene große Funktionärerversammlung im Saale des Volkshauses statt. Es haben daran teilnehmen alle in der Zigarettenbranche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen des Tabakarbeiterverbandes, Buchbinderverbandes und des Verkehrsbundes. Auf der Tagesordnung dieser Funktionärerversammlung steht die Frage des bevorstehenden Lohnkampfes und das Verhalten der Gewerkschaftsführung, die eine gemeinsame Lohnbewegung der Tabakarbeiter und Maschinenführer verhindert hat. Die Anwesenheit der Maschinenführer in dieser Versammlung ist eine unbedingte Notwendigkeit. Es ist damit zu rechnen, daß die Gewerkschaftsführer ihre Sabotage des gemeinsamen Lohnkampfes mit einer wüßten Hege gegen die Opposition zu vertuschen versuchen. Das aber muß für alle Kollegen und Kolleginnen der Tabakindustrie erst recht Veranlassung sein, vollständig zu dieser Versammlung zu erscheinen und mit größtem Nachdruck die Zusammenlegung und gemeinsame Führung des Lohnkampfes in der Zigarettenindustrie durch alle Berufsgruppen und deren beteiligten Organisationen durchzuführen.

Tabakarbeiter! Macht Schluß mit der Zerplitterung. Der ganziert den Kampf unter den Forderungen der Opposition!